



---

Kantonsrat

Sitzung vom: 22. Juni 2015, vormittags

Protokoll-Nr. 212

Nr. 212

Jahresbericht 2014 (Teil I: Geschäftsbericht B 141a / Teil II: Jahresrechnung B 141b). Entwürfe, Eintreten

Im Namen der Planungs- und Finanzkommission (PFK) berichtet der Kommissionspräsident Marcel Omlin über die Vorberatungen der Kommission. Grundsätzlich könne das vergangene Geschäftsjahr des Kantons Luzern als erfolgreich bezeichnet werden. Die Erträge hätten eingehalten werden können, dies trotz des Wegfalls der Nationalbankgelder. Die Risiken bei den Beteiligungen seien im Griff und die Kosten im betrieblichen Aufwand hätten gesenkt werden können. Die Verschuldung habe minim abgebaut werden können. In der Erfolgsrechnung zum Globalbudget sei ersichtlich, dass nur in den Hauptgruppen H4 und H5 grössere Ausgaben getätigt worden seien als budgetiert, alle anderen Gruppen hätten sogar unter Budget abschliessen können. Bei den Finanzen und Steuererträgen sei eine Punktlandung erzielt worden. Trotzdem sei der Aufwand aller Hauptaufgaben immer noch um 0,1 Prozent gewachsen, was aber eine merkliche Verbesserung zu den Vorjahren darstelle. Auch bei den Gemeinden seien positive Tendenzen festzustellen; es hätten in der Summe rund 52 Millionen Erträge erwirtschaftet werden können. Alle Fraktionen seien auf die vorliegenden Geschäfte eingetreten. Generell werde festgehalten, dass die Verwaltung einen guten Job mache und die Budgetdisziplin in allen Unternehmensbereichen gut sei. Speziell sei die gute Arbeit der Finanzkontrolle gelobt worden. Gerade deshalb finde ein Teil der Kommission die Auslagerung der Revision der Finanzkontrolle von LUKS an eine externe Revisionsfirma suboptimal. Weiter seien die Kostenanstiege in den Bereichen H4 und H5 kritisch betrachtet worden. Die Steuererträge bei den juristischen Personen seien erneut deutlich angestiegen, plus 19 Prozent oder 13,5 Millionen Franken. Kritisch bemerkt worden sei die Rückführung von rund 18 Millionen Franken aus dem Jahresergebnis der Luzerner Kantonsspitäler an den Kanton Luzern. Auf der anderen Seite sei bemängelt worden, dass mit der Abschaffung der Liegenschaftssteuer das finanzielle Polster des Kantons noch schwächer werde beziehungsweise ausdünnen. Bei den Investitionen seien rund 20 Prozent weniger vorgenommen worden als budgetiert, auch dies stosse negativ auf. Ein gewisses Optimierungspotential werde bei der Schuldenbremse erkannt. Eine Fraktion habe sich besonders über den Jahresbericht Teil I enerviert, sei doch dieser eine reine Werbebroschüre und gehöre nicht ins Parlament. Schliesslich sei auch die Gewinnausschüttung der LUKB kritisch betrachtet worden: Einerseits sei man doch froh, dass jährlich Gelder einfliessen würden, andererseits seien sie aber auf Dauer ein Klumpenrisiko für den Kanton. Man sei aber auf diese Gelder angewiesen und brauche diese Einnahmenquelle. Er komme nun zu den einzelnen Departementen. Beim BUWD würden sowohl in der Erfolgs- als auch in der Investitionsrechnung die Budgets unterschritten. Primär seien dafür die Departements interne Sensibilisierung und die Ausgabendisziplin verantwortlich. Gerade im vif sei es schwierig, die anstehenden Projekte in Gang zu setzen, da schlicht zu wenig fachliches Personal verfügbar sei (Ingenieurmangel). Grössere Diskussionen habe es in Bezug auf die Arbeits- und Gleitzeiten gegeben, wie übrigens in allen Departementen. Seitens des Departements sei aber Besserung versprochen worden. Stirnrüzeln habe die Diskussion in Bezug auf die Mehrwertsteuer beim Verkehrsverbund ausgelöst. Zuerst sei von der Eidgenössischen Steuerverwaltung mitgeteilt worden, dass der VVL nicht mehrwertsteuerpflichtig sei, bei einer Kontrolle sei dies wieder geändert worden. Bei der Staatskanzlei sei primär über Auftrag und Nutzen des Interessenvertreters in Bern diskutiert worden. Darüber existiere ein separater Jahresbericht, dieser können in den gängigen Portalen selber nachgelesen werden. Im BKD habe der Vorsteher habe eingehend über sein Departement berichtet und auf die geringeren Perso-

nalkosten in den Dienststellen verwiesen. Besonderes Augenmerk lege der Regierungsrat auf die Finanzperspektiven im BKD; gerade aufgrund der steigenden Lernendenzahlen führe dies auch zu erhöhten Kosten. Schliesslich bewerte er auch den Kostenteiler 50:50 als problematisch. Grössere Diskussionen seien bei den Normkosten entstanden. Hier sei eine Diskrepanz festgestellt und diskutiert worden. Auch beim BKD seien die Arbeitszeiten ein Thema gewesen. Auch hier sei festgehalten worden, dass dies einer Korrektur bedürfe. Der Abschreibung der Motion M 369 (einer Motion, die als Postulat erheblich erklärt worden war) sei mit 6 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen stattgegeben worden. Zum Schluss sei informiert worden, dass der Kanton Aargau bei der Speicherbibliothek nicht mitmache, dies aber zu keinen Mehrkosten für den Kanton Luzern führe. Für die bestehenden Kosten müsse der Kanton Aargau aufkommen, man sei am Aushandeln der entsprechenden Verträge. Zu den Kantonsgerichten habe der Kantonsgerichtspräsident im Besonderen auf die Auswirkungen der Strafprozessordnung hingewiesen, welche gerade in finanzieller Hinsicht das Jahresergebnis beeinflusse. Auch die hohe Auftragslast sei erwähnt worden. Schwierig sei es für die Gerichte, Kosten im Ausland einzutreiben. Derzeit werde ein Pilotfall mit Deutschland durchgezogen. Im JSD seien einzig die hohen Gleitzeitsaldi ein Thema gewesen, welches Departementsintern analysiert werden müsse. Hier könnte auch das Parlament aktiv werden, denn gemäss JSD seien gerade bei der Polizei die administrativen Arbeiten gewaltig. Im GSD habe der Vorsteher die Kommission über eine erfreuliche Entwicklung im Finanziellen informiert. So habe das GSD 2,7 Prozent, sprich 13 Millionen Franken, besser als budgetiert abschliessen können. LUKS und LUPS würden beide erfreulich gut arbeiten und hätten 53 beziehungsweise 3,4 Millionen Franken an den Kanton abliefern können. Eine grosse Diskussion sei ob der Idee, die Rechnungsprüfung für das LUKS an Dritte auszulagern, entbrannt. Vor allem sei von der Kommission bemerkt worden, dass wenn etwas schief laufen würde, die Politik, sprich das Parlament, verantwortlich gemacht werden würde, aber dann neu keinen Einfluss auf die Finanzkommission hätte. Die Departementsleitung wolle andere Kennzahlen, als sie von der FIKO erhoben würden. Dies sei ein weiterer Grund für die Auslagerung an Dritte. Hier habe aber die Regierung entschieden, diese Kontrolle zu Externalisieren. Im FD sei nebst den guten Zahlen, welche hätten präsentiert werden können, die Personalie DIIN einer der Hauptschwerpunkte der Präsentation seitens FD gewesen. Ferner sei auch der Kantonsbaumeister nach 20 Jahren pensioniert worden, was auch eine Zäsur innerhalb des Hochbauamtes darstelle. LuTax sei gut unterwegs. Diskussionen habe es auch in Bezug auf den Datenschutz in Zusammenhang mit der IT-Nutzungsprüfung gegeben. Auch hier seien leider erneut vertrauliche Informationen an die Presse getragen worden. Hier müssten sich die Regierung und/oder die AKK überlegen Strafanzeige einzureichen; das Umfeld, welches Kenntnis von diesen Unterlagen gehabt habe, könne definiert werden. Auch im FD bestünden grosse Gleitzeitsaldi die es zu überwachen gelte. Es seien keine Anträge eingegangen und keine Bemerkungen gemacht worden, ausser einer Feststellung der RUEK, welche zur Kenntnis genommen worden sei. Die PFK genehmige den Jahresbericht einstimmig. Ebenfalls stimme sie der Abschreibung von Postulaten und Motionen einstimmig zu. Ferner sei der Bericht über die Beteiligungsstrategie mit einer Enthaltung einstimmig genehmigt worden. Schliesslich habe die PFK auch die Jahresberichte der Anstalten LUKS, LUPS, Lusat und der landwirtschaftlichen Kreditkasse ohne grössere Diskussionen zur Kenntnis genommen. Er bitte, den Anträgen der PFK zu folgen.

Im Namen der CVP-Fraktion ist Inge Lichtsteiner für Eintreten und Zustimmung. Mit dem vorliegenden Jahresbericht erhalte der Rat eine umfassende und aussagekräftige Dokumentation über die Rechnung 2014. Zusammen mit dem Bericht über die Beteiligungsstrategie sei man bestens dokumentiert worden und danke dem Finanzdepartement mit allen Mitarbeitenden für die grosse Arbeit, die diese geleistet hätten. Die aussagekräftige Dokumentation der Finanzkontrolle ermögliche den Parlamentarierinnen und Parlamentariern einen sehr detaillierten Ein- und Überblick in die Geschäftstätigkeiten der einzelnen Departemente. Die CVP-Fraktion bedanke sich bei der Finanzkontrolle des Kantons Luzern unter der Leitung von Daniel Steffen und seinem Team für die Bereitstellung der Unterlagen. Die CVP nehme das gute Ergebnis des Jahres 2014 erfreut zur Kenntnis. Mit einem um 6,4 Millionen besseren Ergebnis schliesse die Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von 12,8 Millionen Franken ab. Dass die Einsparungen in der allgemeinen Verwaltung mit 13,3 Prozent erfolgten, sei erfreulich und zeige den Sparwillen der Regierung und die Tatsache, dass das Kostenwachstum eingegrenzt werde. Man sei der Meinung, dass dieser Weg weiterhin verfolgt werden müsse.

Die Budgetdisziplin, welche über alle Departemente erkennbar sei, nehme die CVP erfreut zur Kenntnis. Die um 30,5 Millionen Franken tieferen Investitionen nehme man ebenfalls zur Kenntnis. Durch die Reduktion der Investitionen habe die Schuldenbremse eingehalten werden können. Der Kanton Luzern müsse jedoch für die Erhaltung seiner Infrastruktur investieren und die geplanten und bewilligten Projekte umsetzen können. Nicht zuletzt seien die beteiligten Unternehmen auf die zugesicherten Aufträge angewiesen. Die Steuereinnahmen der natürlichen und juristischen Personen lägen mit total 10,3 Millionen Franken unter den budgetierten Erwartungen. Das Finanzdepartement erkläre die Abweichung mit einer Abgrenzungsdifferenz und mit den tiefer ausfallenden Nachträgen. Damit die budgetierten Steuererträge werthaltig blieben, erwarte die CVP, dass die Abgrenzungsthematik und die Berechnung der Nachträge überprüft würden. Die Steuereinnahmen der juristischen Personen seien 2014 effektiv um 13,5 Millionen höher ausgefallen und in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Die Totalisierung mit der Abnahme der Nachträge von rund 17 Millionen Franken ergebe den Rückgang der Steuereinnahmen der juristischen Personen. Von einer gescheiterten Steuerstrategie könne keine Rede sein. Die CVP unterstütze die eingeschlagene, richtige Steuerpolitik des Kantons Luzern. Die CVP trete auf den Bericht über die Jahresrechnung B 141 und den Bericht zur Umsetzung der Beteiligungsstrategie ein und werde diese genehmigen. Mit der Abschreibung der Motionen und Vorstösse sei sie einverstanden, wie diese aus der Beratung der PFK hervorgegangen seien. Man nehme die Bemerkung der RUEK im Mitbericht der ständigen Kommissionen zur Kenntnis sowie die Jahresberichte der ausgelagerten Betriebe des Luzerner Kantonsspitals Luzern, Sursee und Wohlhusen (LUKS), der Luzerner Psychiatrie (LUPS), von Lustat sowie der landwirtschaftlichen Kreditkasse.

Im Namen der SVP-Fraktion tritt Marcel Zimmermann auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu. Die SVP sei beim ersten Blick erfreut über das Ergebnis der Jahresrechnung 2014. Trotz des Ausfalls der SNB-Millionen schliesse die Rechnung positiv ab. Endlich gehe es bei den Ausgaben nicht mehr aufwärts. Zum ersten Mal seit Jahren sei der betriebliche Aufwand im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Gerne anerkenne die SVP an dieser Stelle die Leistung von Regierung und Verwaltung. Auf den zweiten Blick sei aber der voraussichtliche Abschreiber von 60 Millionen nicht werthaltigen Steuerguthaben bedauerlich. Weil aber die Abgrenzung gemäss dem geltenden Gesetz gemacht worden sei, gebe es an der Jahresrechnung nichts auszusetzen. Eine Anpassung des Gesetzes müsse aber geprüft werden. Die Jahresrechnung 2014 sei Geschichte, man könne nichts mehr ändern. Wichtig sei, dass man aber bereits wieder das Budget 2016 vor dem geistigen Auge habe. Er gehe auf ein paar Punkte ein, die ihnen wichtig erschienen. Zur Ausgabenseite: die starke Steigerung der Kosten bei der Spitalfinanzierung, Gesundheit allgemein; die steigenden Kosten der Bildung allgemein (Kosten pro Kopf nähmen zu); die grössere Debitorenverluste in diversen Departementen, vor allem aber im JSD. Zur Einnahmenseite: Die Einnahmen seien zwar noch nicht dort, wo die SVP sie gerne hätte, aber man sehe, dass sie von Jahr zu Jahr zunehmen würden. Im Vergleich zur Rechnung 2013 nehme der Fiskalertrag um 58 Millionen zu (Vorjahreszunahme rund 60 Millionen). Auch bei den Gemeinden hätten sich die Einnahmen grösstenteils erfreulicher entwickelt als budgetiert. Die bürgerliche Steuerstrategie sei auf Kurs. Die konsolidierte Rechnung sei zurzeit sehr erfreulich. Das werde sich aber schlagartig verändern, sobald das Spital mit den grossen Bauarbeiten beginne. Zur Finanzkontrolle beim Spital: Hier frage man sich, ob die Kommissionen AKK und PFK nicht mehr in den Prozess einbezogen hätten werden müssen. Es sei doch wesentlich, ob der grösste Betrieb des Kantons Luzern von der Finanzkontrolle oder einer anderen Revisionsstelle geprüft werde. Die SVP-Fraktion sei gegenüber einer Auslagerung an eine externe Revisionsstelle eher kritisch eingestellt und werde sich allenfalls noch mittels der parlamentarischen Instrumente einbringen. Die Berichte von LUKS, LUPS, der landwirtschaftlicher Kreditkasse und Lustat nehme die SVP zur Kenntnis. Mit den Abschreibungen der Vorstösse sei man ebenfalls einverstanden.

Im Namen der FDP-Fraktion ist Damian Hunkeler für Eintreten auf die und Zustimmung zur Vorlage. Die FDP-Fraktion danke dem Finanzdirektor und all seinen Mitarbeitenden für den vorliegenden Jahresbericht und für die grosse geleistete Arbeit in diesem nicht sehr einfachen Umfeld mit den vielen Sonderaufgaben, die zu erfüllen gewesen seien. Der Jahresbericht 2014 zeige insgesamt ein erfreuliches Bild, habe doch bei schwierigem Umfeld der budgetierte Gewinn verdoppelt werden können, und dies obwohl die budgetierten Einnahmen der SNB ausgefallen seien. Die stetigen Bemühungen, das Kostenwachstum einzu-

grenzen zeigten Wirkung. Allerdings bleibe das Umfeld schwierig was uns zwingt, die Ausgaben auch künftig im Griff zu haben. Er habe bewusst vom Eingrenzen des Kostenwachstums gesprochen, denn allen Unkenrufen zum Trotz habe auch im Jahr 2014 ein minimales Ausgabenwachstum von rund 0,2 Prozent stattgefunden. Dass die Erträge aber um 1 Prozent höher ausgefallen seien, er erwähne es nochmals, in Anbetracht des Ausfalls der SNB-Millionen, sei sehr erfreulich. Wie üblich verzichte er auf allzu viele Detailzahlen beim Eintreten, möchte aber drei Punkte aufgreifen: Die Einsparungen im Bereich HO, Allgemeine Verwaltung, seien besonders erfreulich und zeigten, dass es auch mit weniger gehe. Organisatorische und strukturelle Verbesserungen seien also möglich. Insbesondere hier sei mit weniger Personal als budgetiert die Leistung erbracht worden. Allerdings werde die FDP diesen Bereich im Auge behalten, sei doch die Abweichung zwischen budgetierten und effektiven Vollzeitstellen sehr gross und lasse die Frage offen, wie sich das im Jahr 2015 weiterentwickle, sprich ob das Budget angepasst oder wieder massiv mehr Personal eingestellt werde. Der grosse Mehraufwand von 2,7 Prozent bei H3, Kultur, Sport und Freizeit, Kirche, sei zwar un schön, falle aber in absoluten Zahlen nicht ins Gewicht. Viel mehr ins Gewicht falle der überproportionale Mehraufwand bei H4 Gesundheit, mit rund 12 Millionen oder 4 Prozent eine massive Abweichung. Grosse Preis- und Mengenabweichungen hätten hier das Budget völlig über den Haufen geworfen. Auch hier sei man auf den weiteren Verlauf gespannt. Schlussendlich komme er noch auf die Steuereinnahmen der juristischen Personen zu sprechen, diese würden ja in dieser Session wohl noch in einigen Voten zur Sprache kommen. Oberflächlich betrachtet seien die Einnahmen zurückgegangen und so werde man dementsprechend hören, die Steuerstrategie sei gescheitert. Damit man merke, dass dem nicht so sei, benötige es eine vertiefte Betrachtung der Zahlen. Die ordentlichen Steuereinnahmen der juristischen Personen seien gegenüber den Vorjahren um erfreuliche 13,5 Millionen oder knapp 19 Prozent gestiegen, das sei der einzig wahre Indikator für die Steuerkraft der Unternehmen. Dass der gesamte Staatssteuerertrag der juristischen Personen unter dem Vorjahr liege gründe darin, dass die Nachträge 2014 halb so hoch gewesen seien wie 2013, allerdings auf demselben Niveau wie 2012. Das heisse, dass die Nachträge 2013 ausserordentlich hoch gewesen seien. Ein weiterer Beweis, dass die juristischen Personen an Steuerkraft gewonnen und somit also die Zuwanderung effektiv stattfinde, sei die Tatsache, dass die abgelieferten direkten Bundessteuern massiv, um 12 Prozent, zugenommen hätten und erstmals über dem Total der natürlichen Personen lägen. Die vom Volk getragene Steuerpolitik des Kantons Luzern sei also auf dem richtigen Weg und man dürfe, zumindest in diesem Punkt, positiv in die Zukunft schauen. Die FDP sei übrigens überzeugt, dass auch die positive Entwicklung der Einkünfte bei natürlichen Personen mit dem Zuzug von Firmen und den neu geschaffenen Arbeitsplätzen in Zusammenhang stehe. Die Aufnahme des Berichtes über die Beteiligungsstrategie in den Jahresbericht finde man gut, und man sei der Meinung, dass dieser Bericht so am richtigen Ort sei. Die FDP-Fraktion trete auf den Jahresbericht 2014 ein und werde allen Beschlüssen sowie den Geschäftsberichten zustimmen.

Im Namen der SP-Fraktion ist Susanne Truttman für Eintreten und stimmt der Vorlage zu. Der Rat und die Regierung sollten sich nicht selber loben. Man solle ehrlich sein und präzise hinschauen: Wer trage die Kosten für diese gute Rechnung? Denn die Finanzpolitik trage nicht nur süsse Früchte. Viele Menschen und Institutionen im Kanton Luzern hätten 2014 auch bittere Pillen zu schlucken gehabt. Ja, die 12,8 Millionen Ertragsüberschuss seien grundsätzlich ein gutes Jahresergebnis. Auch die um 10,1 Millionen gesunkenen Schulden deuteten auf eine Gesundung der finanziellen Lage hin. Die SP danke allen Mitarbeitenden und Führungspersonen der Verwaltung und der kantonalen Betriebe und Anstalten, allen Dozenten und Lehrpersonen, den Mitarbeitenden im Gesundheits- und Sozialbereich und all jenen, die dazu beigetragen und dafür gearbeitet oder sich eingeschränkt hätten. Dennoch: Die Dienststelle Informatik habe ihre Projekte nicht wirklich realisiert. Die Zentral- und Hochschulbibliothek brauche dringendst den Umbau des Hauptgebäudes. Im Sonderschulbereich rühme das BKD den Personalbestand unter Budget. Gleichzeitig erhielten abgeklärte Sonderschüler aber keine Plätze und müssten in den Gemeinden mit Übergangsmassnahmen getröstet werden. Es handle sich um mangelhafte Lösungen für betroffene Kinder, ihre Eltern, oft auch für Klassen und Lehrpersonen. In den Sonderschulen und sozialen Einrichtungen müssten Sparmassnahmen umgesetzt werden. Das seien oft Verluste an Lebensqualität bei Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen. Auch die Hochschulen benötigten ausreichend Mittel für die Forschung und adäquate Infrastrukturen. Und wenn Luzern der bedeu-

tende Musik- und Kulturstandort in der Schweiz und in Europa bleiben wollte, müsste man investieren, die Förderstrukturen anpassen, das kulturgeschichtliche Erbe sichern und ein Forum für einen Dialog zwischen Kultur, Politik, Wirtschaft und Bildung schaffen. Bei der Gesundheit hätte das Ergebnis ohne die gegengerechneten Beträge aus der Baserate wohl völlig anders ausgesehen. Diese Abfederung der Spitalkosten sei für 2014 einmalig und nicht nachhaltig. Beim Personal sei die Situation offensichtlich so, dass markante Überzeit- und Feriensaldi mitgeschleppt oder übertragen würden. Dienstaltersgeschenke könnten oder würden nicht bezogen, oder erst viel zu spät. Es sei eine Führungsaufgabe, da hinzuschauen und Abhilfe zu schaffen. Oder liege es in gewissen Bereich auch daran, dass die Stellenetats nicht ausreichen? Falls dem so wäre, empfehle die SP-Fraktion rechtzeitig nachhaltigere Lösungsansätze, bevor Mitarbeitende wegen Überlastung ausfallen würden. Grundsätzlich sei es jedoch ein Zeichen für eine kostengünstige und effiziente Verwaltung, wenn gegenüber dem Budget eine Verbesserung um 17,4 Millionen ausgewiesen werden könne. Der Bereich Finanzen und Steuern weise mit lediglich 0,1 Prozent Abweichung praktisch eine Punktlandung aus. Durch die Abschaffung der Liegenschaftssteuer würden im laufenden Jahr jedoch dann auch die rund 20 Millionen fehlen, welche dem hier vorliegenden Rechnungsabschluss 2014 noch Entlastung verschafft hätten. Die SP empfehle deshalb dringend, das Optimierungspotenzial bei der Schuldenbremse zu nutzen. Auch die aufgeschobenen Investitionen müssten getätigt werden. Wenn die Nettoinvestitionen 19,7 Prozent tiefer als geplant ausfielen, gebe das Anlass zu Fragen und Besorgnis. Die Lebenszyklen der Gebäude seien zu beachten, Investitionsstaus zu vermeiden und die Unterhaltsarbeiten bauökonomisch klug zu planen. Die SP stelle fest, dass die Beteiligungsstrategie dokumentiert sei. Zu den Geschäftsberichten. LUKS: Generell herrsche hohe Konkurrenz zwischen Spitälern. Die Herausforderung bestehe darin, Ärzte und Pflegepersonal halten zu können. Wegen hoher Gewinnrückführung (18 Millionen schöpfe der Kanton ab, 5 Millionen wären nachvollziehbar) sei für die Zukunftsaufgaben die Liquidität gefährdet. Die Eignerstrategie lasse eine Abschöpfung bis 4 Prozent zu. Aktuell werden würden 5,05 Prozent abgeschöpft. Das LUKS trage das Risiko mit seinen eigenen Gebäuden. Die LUPS sei führend im Benchmark der Schweiz. Hier falle die gut ausgebaute ambulante Betreuung auf. Dieser ambulante Bereich benötige aber auch Personal und müsse dieses halten können. LUSTAT habe aufgrund der Budgetkürzung ein Projekt gar nicht und andere nur teilweise umgesetzt. Jedoch seien keine grundsätzlichen Veränderungen des Angebots eingetreten. Fazit: Nur mit getätigten Investitionen in Bildung, Forschung, Gesundheit und Infrastruktur bleibe man attraktiv. Der Kanton Luzern solle ein Innovationsmotor mit guter Lebensqualität sein. Die SP werde auf die Vorlage eintreten und der Staatsrechnung zustimmen. Die SP rufe aber ebenso in Erinnerung, dass es Personenkreise, Institutionen und Aufgabenbereiche gebe, auf deren Kosten diese gute Rechnung zu Stande gekommen sei.

Im Namen der Grünen Fraktion tritt Michael Töngi auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu. Das Ergebnis der Rechnung 2014 sei respektabel, wenn man das Umfeld anschau, insbesondere habe das Ausbleiben der SNB Gelder aufgefangen werden können. Es bestehe eine sehr strikte Ausgabendisziplin, was zeige, dass die Verwaltung spare und gewisse Sparmassnahmen vorhanden seien. Man könne sagen, der Kanton befinde sich auf Kurs und die Finanzstrategie gehe auf. Dazu gebe es aus Sicht der Grünen Fraktion vier Bemerkungen und eine grundsätzlich Frage. Die erste Bemerkung beziehe sich auf das Personal. Der Zeitung konnte man kürzlich entnehmen, dass es bei den Lehrpersonen zu grossen Fluktuationen komme und in andere Berufe abgesprungen werde. Das eine habe mit dem Beruf zu tun, das andere mit der Lohnsituation. In gewissen Bereichen habe der Kanton aufholen können, aber in anderen Bereichen bestehe nach wie vor Aufholbedarf. Das werde auch im Stellenetat des Kantons ersichtlich. In verschiedenen Gebieten werde der Etat nicht ausgeschöpft, über diese Einsparungen könnte man sich freuen. Aber man müsse die Folgen bedenken: Betrachte man die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur, dort bestehe eine Stellenetat von 69, besetzt seien aber lediglich 63 Stellen. Knapp ein Zehnter der Stellen sei nicht besetzt, hier fehlten vor allem Ingenieure. Unter anderem auch deshalb sei man teilweise im Rückstand beim Bauprogramm gewesen. Diese Dienststelle müsse mit wenig Personal einen sehr hohen Aufwand betreiben. Die zweite Bemerkung betreffe die Situation im Hochbau. Hier werde mit 50 Millionen Franken ein tiefes Budget verabschiedet, 35 Millionen dafür seien für den Unterhalt, lediglich 15 Millionen für neue Projekte. Anlässlich der Immobilienstrategie habe der Rat festgehalten, die Unterhaltsarbeiten müssten durchgeführt wer-

den. Im letzten Jahr habe man nur gerade 26 Millionen ausgegeben, das Budget also bei weitem nicht ausgeschöpft. Begründet sei es mit Einsparungen und Verzögerungen worden. Aus ihrer Sicht sei es sehr schlecht, wenn der Kanton seine Gebäude nicht unterhalten könne, wie er es eigentlich möchte, damit aber die Staatsrechnung beschönige. Die dritte Bemerkung betreffe die Steuereinnahmen. Bei den natürlichen Personen habe man höhere Steuererträge als budgetiert erzielt, bei den juristischen Personen tiefere. Man habe im Rat immer wieder gehört, es dauere eine Weile, bis diese Einnahmen sich einpendeln würden. Er weise darauf hin, dass im AFP bei den juristischen Personen 2011 für das Jahr 2014 130,5 Millionen Franken Einnahmen vorgesehen waren, eingegangen seien knappe 110 Millionen Franken. 2012 habe man für das Jahr 2015 134,5 Millionen berechnet und 2014 sehe man noch 113,1 Millionen vorgesehen. Konkret befinde man sich damit etwa 20 Millionen Franken hinter den Prognosen der Regierung. Deshalb könne man sich schon fragen, ob die Steuerstrategie funktioniere. Die vierte Bemerkung betreffe den Handlungsspielraum im Kanton Luzern. Der Kanton stehe vor grossen Herausforderungen, im Bereich Hochbau seien dies etwa das Verwaltungszentrum oder der Ausbau und die Sanierung der Hochschule Technik und Architektur in Horw. Im AFP seien für das Verwaltungszentrum 150 Millionen Franken, für die Hochschule 100 Millionen Franken vorgesehen, was allerdings die Kräfte derart sprengte, dass die Aufgabe an eine Immobilien AG ausgelagert werden solle. Er überlasse es dem Rat zu urteilen, wie sinnvoll eine Schuldenbremse sei, bei der man rechtliche Konstruktionen vornehmen müsse, um gewisse Investitionen auslagern zu können. Das führe ihn zur grundsätzlichen Frage. Im Rat werde immer wieder darüber diskutiert, ob die Steuerpolitik des Kantons gescheitert oder geglückt sei. Mit welchen Indikatoren könnte das überhaupt gemessen werden? Seien es die angesiedelten Unternehmen? Seien es geschaffene Arbeitsplätze? Das sei sicher ein Faktor, wenn es sich um nachhaltige Arbeitsplätze handle. Sei es das Ressourcenpotenzial des Kantons? Das wäre ein sinnvoller Gradmesser, wenn der Wohlstand an die Bevölkerung verteilt würde. Man habe aber im Ressourcenpotenzial eine widersprüchliche Entwicklung: Zwar erhöhe sich dieses, aber gleichzeitig führe es zu einer Sparrunde nach der andern. Verschiedene Projekte hätten zurückgestellt werden müssen, er denke da etwa an die Planungsberichte Polizei, öV, Naturgefahren, soziale Einrichtungen und Immobilienstrategie. All diese verabschiedeten Planungsberichte seien Opfer dieser Sparrunde geworden. Eine Mitfinanzierung des Durchgangsbahnhofs sei noch nicht in Sicht. Es müsste zu denken geben, wenn strategische Beschlüsse nicht umgesetzt würden und das Instrument des Planungsberichtes, das in unserem Kanton einen hohen Stellenwert genieße, zu belanglosen und momentanen Willensäusserungen verkomme. Im Zusammenhang mit den Steuern würden sich Fragen zur Unternehmenssteuerreform III stellen: Was bringe diese, respektive was passiere, wenn die anderen Kantone auf demselben Steuerebene anlangten? Lösen lasse sich die gesamte Situation nur durch eine bessere Ausschöpfung des Ressourcenpotenzials. Die Rechnung weise trotz eines respektablem Ergebnisses noch keinen Weg in die Zukunft. Wenn man in diesem Kanton auch eine Politik machen wolle, die gestalte, müsse man über all diese Themen sprechen, die im Rat immer vor sich hergeschoben worden seien: über die Ausgestaltung der Schuldenbremse, Unternehmenssteuern und über Teile der Steuergesetzrevision, die von der Regierung vorgeschlagen und vom Parlament abgelehnt worden seien. Die Grüne Fraktion werde der Rechnung zustimmen, auch dem Beschluss über die Abschreibung der Vorstösse und dem Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie. Die Geschäftsberichte nehme man zur Kenntnis.

Im Namen der GLP-Fraktion ist Michèle Graber für Eintreten und Zustimmung. Das Resultat der Rechnung 2014 zeige unter dem Strich betrachtet ein recht erfreuliches Bild. Sowohl die Erfolgsrechnung als auch die Geldflussrechnung verzeichneten eine schwarze Null. Die Abweichungen vom Voranschlag seien relativ gering, was von einer guten Vorarbeit in der Budgetierung und grosser Ausgabendisziplin zeuge. Zusatzaufwendungen würden im Gesundheitswesen verzeichnet, diese würden durch Minderausgaben in der allgemeinen Verwaltung kompensiert, welche ihre Kosten um über 13 Prozent gegenüber dem Voranschlag gesenkt habe. 13 Prozent weniger Kosten in der Verwaltung seien sehr erfreulich. Diese Einsparungen seien damit aber überraschend hoch. Entweder sei hier sehr grosszügig budgetiert worden oder die Verwaltung biete doch deutlich mehr Einsparungspotential, als es die Regierung bisher habe zugestehen wollen. Wie seien diese Einsparungen möglich gewesen und warum sei das Potential nicht bereits im Voraus erkannt und bei der Budget- und Aufgabenplanung berücksichtigt worden? Welches seien die negativen Konsequenzen der Min-

derausgaben? Trotz des erfreulichen Ergebnisses habe sich ein altbekanntes strukturelles Problem gezeigt: Das betriebliche Ergebnis sei nach wie vor deutlich im Minus. Der Kanton weise in der Erfolgsrechnung nur wegen des Finanzergebnisses einen Überschuss auf. Das Finanzergebnis sei wiederum vor allem aufgrund von Dividendenzahlungen der LUKB so positiv. Was passiere, wenn die Geschäfte der LUKB etwas ins Schwanken kämen? Was geschehe, wenn der Immobilienmarkt Schwächen zeige und die Immobilienpreise sinken würden? Hier operiere der Kanton mit einem beträchtlichen Klumpenrisiko. Für die GLP sei es ausserdem höchst bedenklich, dass das Investitionsbudget so massiv unterschritten worden sei. Die im Vergleich zum Voranschlag tieferen Investitionen seien offenbar vor allem auf Projektverzögerungen zurückzuführen. Das könne man nicht alleine der Regierung ankreiden, zumal man in solchen Fällen kaum kurzfristig andere Investitionsprojekte aufgleisen könne. Nur wann und wie würden die verzögerten Investitionen nun getätigt? Wie würden sie neu wieder budgetiert? Bestehe das Risiko, dass sie der Schuldenbremse zum Opfer fielen und die Planungskosten in den Sand gesetzt würden? Der GLP sei es wichtig, dass der Kanton nicht weiter in einem Investitionsstau verharre. Die Nettoinvestitionen sollten mindestens so gross sein wie die ordentlichen Abschreibungen. Ansonsten sinke der Wert des Verwaltungsvermögens beziehungsweise die Infrastruktur verlottere. Letzteres könne sich der Kanton Luzern nicht leisten. Eine gute Infrastruktur in allen Bereichen sei für den Wirtschaftsstandort Luzern ein entscheidendes Kriterium. Dazu gehörten auch Neuinvestitionen im Hochbau. Zu den Steuererträgen von juristischen Personen: Die Zahlen deuteten tatsächlich darauf hin, dass die Steuerstrategie aufgehen könnte. Der Rückgang bei den juristischen Personen bei den Kantonssteuern sei ja auf tiefere Nachträge zurückzuführen und nicht etwa auf tiefere Erträge im Jahr 2014. Ein weiteres Zeichen, dass die Strategie gewisse Erfolge zeige, seien die höheren Erträge aus dem Kantonsanteil an Bundessteuern, speziell vor dem Hintergrund, dass die direkten Bundessteuern in Bern eingebrochen und massiv tiefer seien als budgetiert. Nur das Problem, dass bei den juristischen Personen die Einnahmen weniger stark zunehmen als dass die entsprechenden Beiträge aus dem Finanzausgleich abnehmen würden, bleibe jedoch weiter vorhanden. Einen beachtlichen Schönheitsfehler habe man bei den Einnahmen, deren Ursache den Rat auch noch 2015 und wahrscheinlich auch noch später beschäftigen werde: Die Nachträge seien in den letzten Jahren zu hoch ausgewiesen worden und es bestehe ein Wertberichtigungsbedarf von zirka 60 Millionen Franken. Für die GLP sei es schon erstaunlich, dass diese Fehleinschätzung nicht früher erkannt und berichtigt worden sei. Zusammenfassende Gesamtbeurteilung der Rechnung: Es bestehe ein fragiles Gleichgewicht mit hohen Risiken und ohne Polster. Es bestehe nach wie vor Handlungsbedarf für strukturelle Reformen. Sie möchte in diesem Rahmen dem kantonalen Personal herzlichen Dank und grosses Lob für seine hervorragende Arbeit aussprechen. Dies auch wenn dem Personal die finanzpolitischen Entscheide des Kantonsrates nicht immer als sehr vernünftig erscheinen würden und es mit Extrarunden beehrt werde. Sie komme zum Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie. Die GLP werde diesen genehmigen. Bei den Beteiligungen LUKS und Verkehrsverbund runzle sie die Stirn und sie erachte es als Pflicht des Kantonsrates hier vermehrt kritische Fragen zu stellen: Das LUKS plane in den nächsten 10 bis 15 Jahren Investitionen in der Höhe von 1 Milliarde Franken. Das Jahresergebnis nach REKOLE (mit Berücksichtigung der kalkulierten Zinsen und kalkulatorischen Abschreibungen) betrage 10 Millionen Franken. Wie könnten damit auf solider Basis so hohe Investitionen getätigt werden? Man solle sie richtig verstehen, die GLP stehe hinter einem Ausbau und sehe klar auch einen hohen Bedarf. Auch arbeite das LUKS gut und der Spitalrat habe auf nationaler Ebene einen exzellenten Ruf. Das Risiko von Fehlplanungen würden aber schlussendlich der Kanton und seine Bewohner und Bewohnerinnen tragen. Dass etwas schief gehen könnte, werde verdrängt. Stellvertretend nenne sie schlechter Geschäftsgang, Änderung der nationalen Vorgaben, tiefe Baserate, aber auch vernachlässigte wichtige Investitionen in nicht so prestigeträchtige und interessante Bereiche wie die Augenklinik. Solche Investitionen würden immer wieder verzögert, beispielsweise beim Kindespital. Stattdessen werde Regionalpolitik betrieben und ein defizitäres Spital geplant ohne andere Alternativen und andere Geschäftsfelder in dieser Region vertieft zu prüfen. Auch die GLP stehe einer externen Revision des LUKS kritisch gegenüber. Auch die veränderten strategischen Ziele beim Verkehrsverbund bereiteten den Grünliberalen Sorge. Die Grundversorgung des öV solle da gewährleistet werden, wo eine Mindestnachfrage vorhanden sei. Wie sinnvoll sei dieses Vorgehen? Ein schlechtes öV-Angebot werde kaum Nachfrage generieren sondern es fördere eher das Umsteigen auf den motorisierten Individualverkehr. Ein weiteres Ziel des

Verkehrsverbundes sei es, die Preise im öV kontinuierlich zu erhöhen, damit die Strategie aufgehe. Mobilität dürfe ruhig mehr kosten, dafür habe die GLP klar gewisse Sympathien. Nur eine einseitige Erhöhung der öV-Preise, ohne Massnahmen im motorisierten Individualverkehr oder auch im Langsamverkehr, würde jegliche vernünftige langfristige Verkehrsplanung untergraben. Die Grünliberale Fraktion werde die Staatsrechnung genehmigen. Sie werde dem Antrag zur Abschreibung von Motionen und Postulate zustimmen und nehme die Geschäftsberichte der von LUPS, LUKS, Lustat und der landwirtschaftlichen Kreditkasse zur Kenntnis. Man werde den Bericht zur Umsetzung der Beteiligungsstrategie genehmigen.

Erwin Arnold erklärt, inhaltlich habe er dem Jahresbericht 2014 nichts mehr hinzuzufügen, es sei bereits vieles gesagt worden. Er möchte nach vier Jahren als Präsident der PFK einen würdigen Abschluss und komme deshalb zum Dank. Er danke Finanzdirektor Marcel Schwerzmann und seinen Mitarbeitenden aus dem Finanzdepartement, namentlich möchte er stellvertretend Heinz Bösch und Hansjörg Kaufmann, erwähnen. Sie hätten in den vergangenen vier Jahren eine sehr gute, konstruktive und verlässliche Zusammenarbeit gepflegt. Auch menschlich sei diese Zusammenarbeit geprägt gewesen von gegenseitiger Achtung und Wertschätzung. Er danke der Finanzkontrolle des Kantons Luzern, namentlich dem Leiter, Daniel Steffen, für die sehr gute und kompetente Unterstützung. An dieser Stelle möchte er die qualitativ sehr guten Zwischen- und Tätigkeitsberichte erwähnen. Diese seien für die Arbeit der PFK sehr hilfreich gewesen. Aber auch die gemeinsamen Sitzungen mit den Präsidien der AKK und PFK, welche dank der sehr gut ausgearbeiteten Papiere sehr gehaltvoll und speditiv abgewickelt werden konnten. Dem Kommissionendienst danke er für die gewohnt zuverlässige und sehr gute Protokollführung. Auch herzlichen Dank an Stefano Cocchi für die gute Unterstützung, die er als Kommissionspräsident in der vergangenen Legislatur habe erfahren dürfen. Ebenfalls danke er allen Kommissionsmitgliedern für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Er denke, sie hätten viel zusammen erlebt, von der Rückweisung des Voranschlags 2012 bis zur deutlichen Genehmigung der Voranschläge 2013 und 2014. Beim Voranschlag 2015 habe man im letzten Moment die Kurve elegant erwischt. Insbesondere zwei Geschäfte, nämlich Leistungen und Strukturen I und II, hätten die PFK ausserordentlich stark gefordert. Er möchte diese Erfahrungen nicht missen und er sei überzeugt, die übrigen PFK-Mitglieder ebenfalls.

Im Namen des Regierungsrates nimmt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann zu einzelnen Voten Stellung. Es sei schon viel über die Zahlen gesprochen worden, er verzichte auf eine Wiederholung davon. Er nehme aber gerne Stellung zu einzelnen Aussagen. Es sei richtig, dass das Betriebsergebnis negativ sei und mit dem Finanzergebnis repariert werde. Zum Beispiel lebe man von 55 Millionen Franken LUKB-Dividenden. Das sei statthaft, da es unser eigenes Kapital sei, entsprechend dürfe es für die betriebliche Tätigkeit eingesetzt werden. Man müsse sich dabei aber im Klaren sein, dass es auch einmal zu Einbrüchen kommen könnte und entsprechend gespart werden müsse. Er komme zum Thema Steuern und deren Entwicklung. Er habe verschiedene Versionen gehört und möchte klarstellen, dass die Erträge der natürlichen Personen über dem Vorjahr lägen. Die Erträge der juristischen Personen lägen gesamthaft unter dem Budget und dem Vorjahr. Bei den juristischen Personen habe man in den laufenden Jahren eine markante Steigerung erfahren, in einer Zeit, in der andere Kantone wie auch der Bund keine grossen Sprünge mehr gemacht hätten. Das weise darauf hin, dass die Steuerstrategie am Schluss aufgehen werde. Es existierten aber Probleme mit den Nachträgen, diese seien eingebrochen. Das könne verschiedene Gründe haben: Es könne mit dem Veranlagungsstand zu tun haben, aber auch mit der Konjunktur, allenfalls mit dem Zinsniveau wegen der Vorauszahlungen. Man schätze diese Nachträge und berichtige sie nach vier Jahren, das sei gesetzlich so vorgesehen. Bei der direkten Bundessteuer sei ein guter Hinweis vorhanden, indem die Erträge der juristischen Personen jetzt über 50 Prozent ausmachten gegenüber den Erträgen der natürlichen Personen. Der Kanton dürfe ja 17 Prozent der direkten Bundessteuer zurückbehalten, hier fliesse also Geld in die Kantonskasse. Es sei gefragt worden, ob die Unternehmenssteuerreform III aufgehe oder nicht. Die Ausgangslage für die Unternehmenssteuerreform III sei gut. Heute gebe es in der Schweiz Steuersätze von etwa 24 bis 12 Prozent, man rechne damit, dass der durchschnittliche Satz etwa bei 14 bis 16 Prozent liegen werde. Hier bestehe also kein Handlungsbedarf und das komme dem Kanton Luzern bestimmt zugut. Nun müsse man schauen, dass die Kompensationen des Bundes nicht an diejenigen fliessen würden, die noch nichts gemacht hätten. Ob



die Steuereinnahmen reichen würden oder was für Indikatoren notwendig seien, sei gefragt worden. Es gebe verschiedene Indikatoren, so die Steuereinnahmen in Franken. Der Ressourcenindex hänge von anderen Indikatoren ab, man könne stärker werden, weil andere schwächer würden und umgekehrt. Einen wichtigen Indikator stellten aber die Arbeitsplätze dar. Zwar sagten diese noch nichts zu den Steuereinnahmen aus, sie seien aber ein guter Vergleich mit anderen Kantonen. Das Ziel sei einfach, der Kanton brauche mehr Geld, aber nicht immer von denselben Firmen und natürlichen Personen, sondern durch neue Firmen und Arbeitsplätze. Dadurch generierten sich mehr Steuereinnahmen, mit denen der Kanton seine Ausgaben decken könne. Zum Thema Investitionen in Immobilien: Das Immobilienbudget habe aus mehreren Gründen nicht voll ausgeschöpft werden können. Der Hauptgrund sei, dass Geld für die ZHB und die Asylzentren habe bereitgehalten werden müssen. Dabei handle es sich um zwei grosse Posten, die keine Spekulationen zulassen würden. Zudem könne man nicht plötzlich kleinere Projekte in grosser Menge aus dem Hut zaubern, dazu sei eine Vorlaufzeit notwendig. Der Kanton wolle aber nicht den Wert der Immobilien verfallen lassen. Er komme nun zum Luzerner Kantonsspital. Das LUKS habe einen Gewinn von 53 Millionen Franken erzielt und 80 Millionen Franken investiert. Deshalb sei das LUKS durchaus in der Lage, eine Milliarde zu finanzieren. Diese Milliarde werde nicht in einem Jahr abgearbeitet, geplant seien zehn Jahre. Die Finanzkraft reiche aus. Diese Investitionen tätige man, um Betriebsoptimierungen vorzunehmen. In den bereits umgebauten Gebäuden stelle man bereits deutliche Betriebsoptimierungen fest. Wie gehe es nun weiter? Bereits in der Medienorientierung sei auf ein gutes, solides Ergebnis hingewiesen worden. Die Gemeinden hätten gute bis sehr gute Ergebnisse erzielt, das freue ihn sehr. Er habe zur Kenntnis genommen, dass der Bund ein genügendes Ergebnis erzielt habe, was ja auch zu Risiken führe. Es lägen einige Risiken vor dem Kanton Luzern. Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) sei in diesen Tagen kräftig diskutiert worden, drei Punkte davon beinhalteten ein Risiko für den Kanton: Erstens seien die Beiträge der Geberkantone gekürzt worden, das koste den Kanton Luzern 15 Millionen Franken jährlich. Zweitens gebe es eine Änderung in der Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich des Bundes (FiLaV). Die Details dazu kenne man noch nicht, aus Fachkreisen sei aber bekannt, dass dies ein Risiko für gewisse Nehmerkantone beinhalte. Drittens habe man eine Verbesserung des Indexes. Ein weiteres Risiko stelle die SNB dar, die Ausschüttungsvereinbarung zwischen SNB und dem eidgenössischen Finanzdepartement werde neu ausgehandelt. Die Konjunktur könne der Kanton nicht beeinflussen aber beobachten. Werde die Initiative zur Pflegefinanzierung überwiesen, koste das den Kanton 50 Millionen Franken, das müsse man sich bewusst sein. Man höre auch von Sparpaketen beim Bund, leider seien diese nicht ähnlich wie beim Kanton. Der Kanton habe sich verpflichtet, die Gemeinden nicht zu belasten sondern habe sie sogar entlastet. Der Bund wolle auch einen Teil der Kosten auf die Kantone abwälzen, es sei nicht bekannt, wieviel. Es lägen also einige Risiken vor, was aber in der Finanzpolitik immer der Fall sei. Die Ausgangslage des Kantons Luzern sei gut.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

An dieser Stelle unterbricht der Rat die Beratung des Jahresberichts 2014 und fährt mit der Detailberatung an der Nachmittagssitzung vom 22. Juni 2015 weiter.